Grüner Denkanstoß von Robert Bücking
Ortsamtsleister Mitte/Östliche Vorstadt

_____

Bürgerbeteiligung, aus aktuellem Anlass...

Der Geist ist aus der Flasche. Den bekommt man da auch nicht wieder rein. BürgerInnen wollen mitreden, machen sich schlau, machen Druck, definieren ihre Ziele und Interessen. Nicht flächendeckend, aber doch an allen Ecken und Enden der Stadt.

Sieht man sich die einzelnen Konflikte und Projekte genauer an sind die Befunde sehr unterschiedlich. Es gibt erstaunlich konstruktive und anspruchsvolle Prozesse, die allen Beteiligten Mut machen und die das Vertrauen in kommunales Engagement stärken und es gibt elende Quälnummern mit verfahrenen Fronten und endlos verschleppten Entscheidungen. Frustrierte Verwaltung, frustrierte Bürger, ratlose Politik und am Ende den Gang vor die Gerichte.
Es ist deshalb überfällig darüber nachzudenken, was die Erfolgsbedingungen von Bürgerbeteiligung sind. Wo sie funktionieren kann und wo auch nicht. Und wie sich die Beziehung zwischen den informellen Verfahren der Bürgerbeteiligung und den rechtstattlichen Verfahren der repräsentativen Demokratie gestalten lassen. Die Sache ist anspruchsvoll und hat Tiefgang.

Am Anfang dieser Debatte wäre es hilfreich mit dem Unsinn aufzuhören, der Bürgerbeteiligung zur eigentlichen Demokratie idealisiert und die rechtsstaatlichen und repräsentativen Formen der Demokratie mit populistischen Klischees herabsetzt. Werden die Dinge so gegenüber gestellt, ist die nächste Enttäuschung gerade für die Befürworter von mehr Demokratie nicht fern.

Die Stadt (und Gesellschaft) ist Komplex, Konflikte sind konstitutiv, Interessen stehen gegeneinander, Zukunft ist unübersichtlich und muss ausgehandelt werden. Niemand kann per se auf der Ebene des Ganzen handeln. Das ist alles banal und wird doch dauernd vergessen. Man ist also nicht allein auf der Welt, und die Andren sind eine Voraussetzung des Ganzen, so wie man selbst. Feinderklärungen und hermetische Botschaften sind vergiftete Brunnen und schlechte Energiespender...

Repräsentative Demokratie, Verfassung, Rechtstaatlichkeit, Abstimmung, Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz, darin steckt Weisheit und Erfahrung, hinter die besser Keiner zurück will. Es ist weder sinnvoll, noch möglich, die Komplexität unserer Gesellschaft zurück zu nehmen und zur Markplatzdemokratie der griechischen Polis zurückzukehren. Es macht also auch wenig Sinn, von diesem Ideal den Maßstab auszuborgen an dem wir unsere Demokratie vermessen.

Die rechtsstaatliche, repräsentative Demokratie mit allem Drum und Dran ist unserer komplexen Welt angemessen. Und sie hat viel mit dem historisch gewachsenen Wissen der Bürgerinnen und Bürger zu tun und lässt sich mit dem Blick in die Geschichte oder dem Blick nach Moskau, Peking oder Damaskus auch immer wieder gut begründen.

Parteien sind Organe der politischen Willensbildung heißt es im Grundgesetz und obwohl sich da leicht die Nase rümpfen lässt, sind sie es. Da die Parteien zu Koalitionen gezwungen werden und das Regierungsprogramm dementsprechend ein Kompromiss zwischen unterschiedlichen Parteien, Personen und Programmen ist und weil sich im Verlauf einer Wahlperiode doch regelmäßig Fragen stellen, auf die sich im Koalitionsvertrag keine Antwort finden lässt, liegt es auf der Hand, dass sich

die Erwartungen der Wähler und die Ergebnisse der verantwortlichen Politik nicht leicht zur Deckung bringen lassen. Das mag ein Mangel sein, aber es ist unvermeidlich, und der Einsicht geschuldet, dass Regieren mehr ist, als den Aufgabenzettel des Programms abzuarbeiten. Wer regiert übernimmt Verantwortung und muss führen und entscheiden, den Nutzen des Gemeinwesens mehren, Schaden abwenden usw... Und die Bürgerinnen und Bürger, die ja täglich Zeuge der Komplexität unserer kleinen Welt sind, schätzen es in der Regel, wenn das Regierungshandeln ordendlich begründet wird. Und wenn die Regierungsparteien es zu doll treiben, müssen sie abgewählt werden. So banal, so richtig.

Selbstbewusstes Regieren ist kein Gegensatz zu Bürgerbeteiligung. Es ist vielmehr eine Voraussetzung dafür, dass sie ihren Ort und Gegenstand findet und am Ende gelingt. Bürgerbeteiligung ist ein demokratisches Mittel, das helfen kann, das Wissen und die Erfahrung der Bürgerinnen und Bürger für Planung und Entscheidung in der komplexen Umgebung der Stadt zu mobilisieren. Und das macht im besten Fall die Ergebnisse schlauer und auch akzeptabler. Bürgerbeteiligung kann für das Gemeinwesen Kräfte mobilisieren, die auf keinem anderen Weg gewonnen werden können. Die Beteiligung von Bürgern ist keine Konzession und keine Gnade der Politik, sie sollte ein selbstverständliches Element unserer demokratischen Kultur werden. Bremen ist als Stadtstaat ein gutes Pflaster, um eine großstädtische demokratische Kultur der Bürgerbeteiligung zu gestaltet.

Am Ende steht aber immer die Entscheidung der gewählten Politikerinnen und Politiker und auf diesem Finale muss Senat und Bürgerschaft auch bestehen.

Um die Sache mal ein bisschen zuzuspitzen: In einem längeren Planungsdialog haben sich die zuständigen Gremien und Verwaltungen auf eine bestimmte Lösung für den Wunsch nach neuen Flächen für den Innenstadteinzelhandel am Ansgaritor geeinigt. Das kann man gut finden oder schlecht. Nur, dass man das Thema jetzt einer Bürgerbeteiligung unterwirft, das ist im besten Fall gutgemeinter Blödsinn. Wer soll denn da bitte schön beteiligt werden? Die Nachbarn? Die Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Innenstadt interessieren? Die Kundschaft von näher dran oder die Kundschaft von weiter weg? Die konkurrierenden Einzelhandelsstandorte?

Also da hilft es nichts; da müssen die gewählten Politikerinnen und Politiker ran und nach einer gründlichen Debatte und einem Dialog mit Experten und den Öffentlichkeiten der Stadt eine möglichst kluge Entscheidung fällen. Diesen Dialog muss man sorgfältig und überzeugend organisieren, sonst nimmt einem das die Stadtgesellschaft übel. Das Ganze sollte man aber nicht mit Bürgerbeteiligung verwechseln.

So ähnlich stellte sich die Sache auch bei dem Bauvorhaben am Bahnhofsplatz. Die Grundsatzentscheidung über eine Bebauung dieser Fläche war durch die Verabschiedung eines Ortsgesetzes gefallen. Die Grundzüge der Architektur durch einen Wettbewerb gefunden. Endlich gab es einen Investor, der dieses Vorhaben ernsthaft verwirklichen wollte. Von da ab ging es ums Detail. Um wichtige Details, über die in zwei großen öffentlichen Beiratssitzungen ausführlich diskutiert wurde. Dieser Dialog mit den Öffentlichkeiten der Stadt war streitbar aber fruchtbar. Die Beiräte haben eine sehr verantwortungsbewusste Haltung eingenommen. Ihre Beschlüsse sind in die Überarbeitung der Pläne eingeflossen. Bürgerbeteiligung sollte nicht daran machen die Ergebnisse von städtebaulichen Wettbewerben zu korrigieren, das wäre ein Rückschritt.

Wieder ganz anders stellt sich die Frage nach der Bürgerbeteiligung beim neuen Hulsberg-Quartier auf den Flächen, die jetzt noch vom Klinikum Mitte genutzt werden.

Die Bürgerschaft hat beschlossen, hier einen großen Bürgerbeteiligungsprozess über mehrere Jahre zu organisieren. Es wurde eine städtische Entwicklungsgesellschaft für die Grundstücke gegründet. Und in einem klug auf einander abgestimmten Dialog zwischen Experten und Bürgern wird die komplexe Planungsaufgabe jetzt bearbeitet. Wir wissen noch nicht wie gut dieser Beteiligungsprozess mit den unvermeidlich kontroversen Entscheidungen fertig wird. Ob er in die Krise gerät, möglicherweise ermüdet oder ob er robust genug ist, um die Herausforderungen zu meistern. Mit diesem Beteiligungsverfahren geraten wir an den äußersten Rand dessen, was man mit Bürgerbeteiligung erreichen kann. Damit das gut ausgeht, braucht man mindestens zwei Zutaten. Bürgerinnen und Bürger die sich über einen langen Zeitraum auf die Sache einlassen und eine Administration und Politik, die in diesem Prozess ein faires transparentes und klares Gegenüber ist - und das über einen langen minutiös dokumentierten Zeitraum. Wenn es uns gemeinsam gelingt, dort schließlich ein Quartier zu organisieren, das besser ist als das Übliche, dann wäre das ein wunderbarer Beleg dafür, dass sich Bürgerbeteiligung lohnt.

Und selbstverständlich wirken alle diese Auseinandersetzungen auf das formelle politische System, Abgeordnete greifen die Themen auf, die Opposition nimmt sich der Sache an, Experten bieten ihren Rat an, zukünftige Wählerstimmen werden gezählt usw.

Die Sache beginnt damit sich einen fairen Überblick über die von einem Konflikt oder einem Projekt Betroffenen und ihren Interessen zu verschaffen und zu prüfen, wie die damit verbundenen Zielkonflikte in den Beteiligungsprozess integriert werden können. Es geht dann weiter mit der Frage nach den Ressourcen. Am schönsten sind bekanntlich die Kompromisse auf Kosten Dritter. Kompromisse, die nur über einen tiefen Griff in die Staatskasse ermöglicht werden, wird es in Zukunft immer seltener geben können. Es geht also darum herauszufinden, wer sich einigen muss, damit ein Kompromiss überzeugt. Es ist hilfreich einen Prozess zu gestalten, in dem Bürgerinnen und Bürger selbstbewusst den Rat von Experten nutzen. Es ist unverzichtbar, dass die letztentscheidende Politik sich sehr klar positioniert und deutlich macht, was für sie unverzichtbarer Bestandteil einer tragfähigen Lösung ist.

Das heißt, Bürgerinnen und Politik müssen jeweils sehr verantwortlich klären, ob ein Thema für Bürgerbeteiligung zugänglich ist, oder eben auch nicht.

Es ist weder demokratisch noch verantwortlich, die Dinge im Ungefähren zu lassen und am Ende in einem Durcheinander von Enttäuschungen und Blockaden hängen zu bleiben. Die verantwortliche Politik und die Bürgerinnen und Bürger haben mehr davon, wenn wir Stück um Stück Qualitätskriterien und Regeln auch für die informellen Formen der Demokratie erfinden und erproben.

Im Idealfall gelingt es uns über einen längeren Zeitraum, über gute und schlechte, auf jeden Fall aber gründlich ausgewertete Beispiele, so etwas, wie eine Kultur der Bürgerbeteiligung in Bremen zu etablieren. Das dauert ein bisschen, lohnt sich aber. Die Bürgerinnen und Bürger lassen sich sowieso nicht mehr nach Hause schicken.